

# Pulsnitzer Tageblatt

Verleger: 18. Tel.-Nr.: 248. Tagesblatt Pulsnitz  
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und  
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

**Er scheint an jedem Werktag**  
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streit oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsanstalten, hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,85 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,80 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in Pfl.: Die 41 mm breite Zeile (Moffe's Zeilenmesser 14) 1 mm Höhe 10 Pfl., in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 Pfl.; amtlich 1 mm 30 Pfl. und 24 Pfl.; Reklame 25 Pfl. Tabellarischer Satz 50% Zuschlag. — Bei zwanzeiger Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsteilen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. O., Großhörsdorf, Brettnig, Hauswalde, Dorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedebors, Thelmenborn, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. P. H. P. Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 235

Dienstag, den 8. Oktober 1929

81. Jahrgang

## Amtlicher Teil.

Mittwoch, den 9. Oktober 1929, vormittag 11 Uhr sollen in Pulsnitz, Restaurant zum „Bürgergarten“

1 starke Nähmaschine, 16 Paar Damenschuhe, 20 Paar Herrenschuhe, 1 gebr. Herrenfahrrad

meißbietend gegen Barzahlung öffentlich versteigert werden.

Pulsnitz, am 8. Oktober 1929.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts

## Ankündigungen aller Art

in dem „Pulsnitzer Tageblatt“ sind von denkbar bestem Erfolg.

## Das Wichtigste

Das Schulschiff „Deutschland“ des Deutschen Schulschiffvereins hatte bei Goudwin-Sand mit dem französischen Dampfer „Louis Mercetier“ einen Zusammenstoß, bei dem das Schulschiff oberhalb des Wassers an der Back leicht beschädigt wurde. Das Schiff kehrt jetzt nach Bremerhaven zurück.

Wie aus Perth (Westaustralien) gemeldet wird, wurde Kapitän Miller Sieger des australischen Langstreckenfluges, der von Sidney über Melbourne, Adelaide nach Perth führte, Major de Slabland wurde Zweiter. Von sechszehn Maschinen, die starteten, erreichten fünfzehn das Ziel.

Die „Vossische Zeitung“ meldet: Die französische Regierung hat den Ruhrbach-Werken in Berlin einen über Reparationskonto laufenden Auftrag auf ein Komar-Riesenflugzeug erteilt.

## Berliner und sächsische Angelegenheiten

**Pulsnitz.** (Biehmarkt.) Auftrieb 29 Ferkel. Preis der Ferkel 37—45 RM. Für ausgefuchte Ware Preis über Notiz. Geschäftsgang mittelmäßig.

— (Beschlüsse des Gesamtministeriums.) Das Gesamtministerium hat in seiner Sitzung vom 4. Oktober 1929 beschlossen, dem Landtage Gesetzesentwürfe vorzulegen, durch die das Schlachtviehverversicherungs-gesetz umgestaltet und das Gesetz über die Landeskulturrententbank abgeändert wird. Ferner soll die Zustimmung des Landtags dazu beantragt werden, daß dem 9. November der Charakter des gesetzlichen Feiertags genommen wird. Hierzu ist zu bemerken, daß der 9. November in fast keinem anderen deutschen Lande, insbesondere auch nicht Preußen, Bayern und Thüringen, gesetzlicher Feiertag ist. Da die Landwirtschaft bei der gegenwärtigen Marktlage besonders große Schwierigkeiten hat, ihre Erzeugnisse zu angemessenen Preisen abzusetzen, will das Gesamtministerium den landwirtschaftlichen Betrieben unter 50 ha zur einen Hälfte bis zum 15. November, zur anderen Hälfte bis zum 15. Dezember Stunden. Den Betrieben über 50 ha soll der 3. Grundsteuertermin zur Hälfte bis zum 15. November gestundet werden.

— (Gemeinsames Ministerialblatt Nr. 17) vom 5. Oktober enthält folgende Bekanntmachungen: Staatsbeihilfe an Gemeinden für Schneerauswerferlöhne, Feuerchutzsteuer, Beschaffung des Behördenbedarfs, Auslastungsverteilung bei Bauwerken aus Eisenbeton, Sicherung des Straßenverkehrs an Eisenbahnübergängen, Preis für die topographische Karte von Sachsen (Weißschlätter), Ortsklassenverzeichnis. Ferner ist dem Ministerialblatt beigelegt eine Anleitung zur Durchführung der Verordnung des Wirtschafts-Ministeriums vom 3. Juli 1928 über die Verhütung der Ausbreitung des Kartoffelkrebzes.

— (Staatshilfen an Gemeinden für die Schneerauswerferlöhne.) Eine Bekanntmachung im Gemeinsamen Ministerialblatt befragt: Für die Bemessung der Höhe der Staatsbeihilfen, die den Gemeinden beim Schneerauswerfen auf den Staatsstraßen gewährt werden, sind die tatsächlich gezahlten Löhne, keinesfalls aber höhere Löhne zugrunde zu legen, als die im Lohnvertrag für die Gemeindearbeiter vereinbarten Lohnsätze. Soweit Gemeinden etwa höhere Löhne zahlen, haben sie die Mehrausgaben aus Gemeindegeldern zu bestreiten.

**Friedersdorf.** (Zubiläum.) Am 26. September waren 20 Jahre vergangen seitdem Herr Bäckermeister Walter Schreiber als Werkmeister bei Herrn Mühlenbesitzer Paul Ziller in Friedersdorf tätig war. Aus diesem Anlaß hatten sich am 29. September verschiedene Herren des Innungsverstandes der Bäcker-Innung Pulsnitz und Herr Malermeister Zimmermann als Vertreter der Gewerkekammer Zittau an der Arbeitsstelle eingefunden, um Herrn Schreiber für seine langjährige treue Tätigkeit zu beklagen. Die Gewerkekammer Zittau überreichte durch ihren Vertreter eine

## Auf dem Wege zur deutsch-polnischen Verständigung

Die Auswirkung des Delegiertenwechsels

Weitere Erklärungen Macdonalds

Nach der Ernennung des deutschen Gesandten in Warschau, Kaufmännischer, zum deutschen Delegierten für die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen werden jetzt die Besprechungen mit dem Ziel aufgenommen, daß die gegenseitigen Einfuhrverbote aufgehoben werden sollen, und daß ebenso die gegenseitig festgesetzten Kampfpölle verschwinden. Man beabsichtigt, mit Polen einen Weisbegünstigungsvertrag abzuschließen. Später will man sich dann über die strittigen Fragen des Kohlenkontingents und der Schweineinfuhr auseinandersetzen.

## Die Handelsvertragsverhandlungen den Polen unerwünscht.

Warschau. In der halbamtlichen Epoca und einigen anderen Blättern ist eine Nachricht erschienen, in der, offenbar von zuständigen amtlicher Seite inspiriert, erklärt wird, daß der deutsche Vorschlag zur Wiederaufnahme der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen nicht nur nicht ausreichend, sondern für Polen in vieler Hinsicht sogar unannehmbar sei. Der Vorschlag nämlich, daß die Frage der polnischen Schweineinfuhr und noch andere Spezialfragen auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden sollen, während vorher außerhalb dieser Fragen nur ein Rahmenvertrag als Provisorium in Aussicht genommen wird, ist völlig unzureichend und widerspricht in weitgehendstem Maße den polnischen Interessen.

## Bischof Dr. Schreiber in Berlin.

Berlin. Der apostolische Administrator des Bistums Berlin, Bischof Dr. Schreiber, ist am Montag aus Vauken in Berlin zu einer informativischen Besprechung eingetroffen. Der Bischof verließ bereits Montag abend wieder die Reichshauptstadt.

## Der deutsche Handwerkerbund gegen das Berufsausbildungsgesetz und den Young-Plan.

Berlin. Auf der erweiterten Bundesvorstandssitzung des deutschen Handwerkerbundes wurde über das Berufsausbildungsgesetz eine Entschlieung einstimmig angenommen, in der erklärt wird, daß der Gesetzesentwurf in der vorliegenden Fassung für das Handwerk unannehmbar ist. Zur Frage des Young-Planes wurde eine Entschlieung angenommen, in der sich die Mitglieder des Deutschen Handwerkerbundes in voller Einmütigkeit gegen die Annahme des Young-Planes aussprechen.

## Entschlieungen des demokratischen Parteitag.

Der demokratische Parteitag hat u. a. die nachstehenden Entschlieungen angenommen:

„Der Reichsparteitag der Deutschen Demokratischen Partei ersucht die Reichstagsfraktion, auf die Deutsche Reichsregierung einzuwirken, daß sie, entsprechend der Entschlieung des Reichstages, bei den jetzt stattfindenden Verhandlungen sich nachdrücklich dafür einsetzt, daß der Einfluß des Reiches auf die Deutsche Reichsbahn weitestgehend vergrößert und keiner Bindung zugestimmt wird, die dieser im Interesse des Volksganzen zu erhebenden Forderung entgegensteht.“

Die Deutsche Demokratische Partei hält es nach wie vor für ihre besondere Aufgabe, alle Arbeiten nachdrücklich zu unterstützen, die geeignet sind, die wirtschafts- und handelspolitischen Beziehungen zwischen den Nationen zu fördern, die Zollschranken abzutragen, die Handelsverbote aufzuheben und die Methoden des indirekten Protektionismus zu beseitigen. Sie begrüßt deshalb lebhaft den Beschluß des Reichstages vom 3. Oktober 1929 zur Ratifikation des internationalen Abkommens über die Aufhebung der Ein- und

Ausfuhrverbote. Sie wird die Bemühungen zur internationalen Sanierung der Kohlenwirtschaft sowohl wie zur Einführung eines zweijährigen Zollfriedens eifrig unterstützen.

## Warum die Reichswehr an Stresemanns Beisehung nicht teilnahm.

Nach der Beisehungsfeierlichkeit für Dr. Stresemann begann in einem Teil der Berliner Presse ein Angriff auf gewisse Stellen des Auswärtigen Amtes und der Reichsregierung, weil sich an der Beisehung die Reichswehr nicht beteiligt habe. Es wird behauptet, daß nicht nur die Reichswehr ihre Beteiligung sofort angeboten habe, daß auch der Reichspräsident keine Bedenken gehabt habe.

Dazu wird amtlich erklärt, daß der Reichspräsident bereits in der Unterredung, die er am Freitag vormittag mit dem Reichskanzler Müller hatte, der Anschauung Ausdruck gegeben habe, daß eine militärische Beteiligung bei den Beisehungsfeierlichkeiten nur für Staatsoberhäupter in Betracht komme.

## Am 20. Januar Seeabrüstungs-Konferenz.

Washington. Präsident Hoover, der sich mit dem englischen Ministerpräsidenten Macdonald auf seiner Wochenendbesuchung am Rapidan-Fluß über Sonntag aufhielt, hat seinen Sekretär angewiesen, bekanntzugeben, daß die offiziellen Einladungen zu der in London am 20. Januar stattfindenden internationalen Seeabrüstungskonferenz von der britischen Regierung an Amerika, Frankreich, Italien und Japan abgefaßt worden sind.

Die zwischen Hoover und Macdonald getroffenen Entschlieungen sind bisher nicht bekanntgegeben worden, jedoch erwartet man noch eine nähere Erklärung. In der Einladung wird u. a. auch auf den Beitritt der Mächte zum Kriegsvertragsvertrag Kelloggs Bezug genommen. Technische Fragen werden in der Einladung nicht berührt. Dagegen wird betont, daß alle Vorbereitungen, die bislang zwischen England und Amerika getroffen worden sind, Gegenstand der Verhandlungen der Januar-Konferenz sein können. Die englische Fühlungnahme mit Amerika habe durchaus kein endgültiges Programm schaffen, sondern lediglich die Wege für die kommenden Beratungen ebnet wollen, dergestalt, daß gewisse zwischen England und Amerika bestehende Schwierigkeiten beseitigt werden sollten, die, falls man sie nicht wegeräumt hätte, ein allgemeines Flottenabkommen unmöglich machten.

## Weitere Erklärungen Macdonalds

New-York, 8. Okt. In seiner Rede vor dem Senat erklärte Macdonald noch, daß seine Reise eine Folge des Kellogg-Paktes sei. Es könne niemals wieder Krieg geben, wenn die Amerikaner und Engländer es sich zur Pflicht machten, den Kellogg-Pakt in die Wirklichkeit umzusetzen. Macdonald fuhr fort: „Was bedeutet all dieses Gerede über Parität? Nehmen Sie sie so, wie sie ist. Sie war die einzige Möglichkeit, um das Wettrüsten aufzuhalten und eine öffentliche Stimmung zu schaffen, die auf dem erfolgreichen Wege friedlicher Unterhaltung liegt. Hier haben Sie eines der Ergebnisse dieses Besuchs, das andere liegt darin, daß wir dazu gekommen sind, einander zu verstehen.“

## Volkstundgebung in Wien.

Wien. Wie alljährlich, fand auf dem Feldenplatz in Wien vor der Burg eine Volkstundgebung gegen den Gewaltfrieden von St. Germain statt. An der Kundgebung nahmen mehr als 15 000 Personen teil. Der